





Prof. Monika Grütters
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 70 222

 (030) 227 – 76 223

 monika.gruetters@bundestag.de

10. Juni 2010

Prof. Monika Grütters:

Klares Bekenntnis zur Bildungsrepublik Deutschland

Im Vorfeld des am 10. Juni 2010 stattfindenden zweiten Bildungsgipfels zwischen den Regierungschefs von Bund und Ländern fordert die Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung, Prof. Monika Grütters, die Länder auf, auch weiterhin ihren Beitrag zur Schaffung einer Bildungsrepublik Deutschland zu leisten und allen Forderungen nach Einsparungen im Bildungsbereich eine klare Absage zu erteilen.

Im Oktober 2008 hatten sich die Regierungschefs von Bund und Ländern darauf verständigt, die gesamtstaatlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufzustocken. Die Länder hatten sich zudem bereit erklärt, Einsparungen durch den Schülerrückgang – die sogenannte demografische Rendite – zur Qualitätsverbesserung in der Bildung einzusetzen.


Monika Grütters erkennt an, dass Bund, Länder und Kommunen angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise und den sich daraus ergebenden Folgekosten unter enormem Sparzwang stehen. Gleichzeitig bekräftigt die Abgeordnete noch einmal, dass sich die CDU/CSU sowie FDP im Koalitionsvertrag zum Zehn-Prozent Ziel und zur Gestaltung der Bildungsrepublik Deutschland bekannt haben. Dazu müssen jedoch Bund und Länder gemeinsame Anstrengungen unternehmen.


PRESSMITTEILUNG



Prof. Monika Grütters
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 70 222

 (030) 227 – 76 223

 monika.gruetters@bundestag.de

„Der Bund hält seine Zusage und investiert in dieser Legislaturperiode 12 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung. Zudem bietet er den Ländern an, sich mit 40 Prozent zu einem erheblichen Teil an den zur Erreichung des Zehn-Prozent-Ziels notwendigen Mehrausgaben zu beteiligen. Nun müssen die Länder ihren Beitrag auch in ihren Länderhaushalten angemessen berücksichtigen. Dazu gehört, dass sie sich an den bis 2015 geplanten Mehrausgaben im Bildungs- und Forschungsbereich beteiligen.“

Einsparungen im Bereich Bildung und Forschung seitens der Länder vorzuschlagen, dann eine Eigenregie bei der Verteilung der Bundesmittel zu fordern und selber nicht einmal eine auskömmliche Bildungsfinanzierung im eigenen Land sicherzustellen, das ist keine glaubwürdige Haltung und eindeutig ein falsches Signal. Daher bietet der Bund den Ländern nach Maßgabe des verfassungsgemäß Möglichen viele Hilfen, Bildungspakte und Einzelkooperationen an. Denn alles was im Bildungs- und Forschungsbereich jetzt eingespart wird, muss später, allerdings um ein Vielfaches potenziert, an Sozialausgaben draufgezahlt werden“, so die Bildungspolitikerin Monika Grütters.

PRESSMITTEILUNG